

Nachhaltigkeits-Doppelstrategie:

**WIRKSAME BEITRÄGE BADEN-WÜRTTEMBERGS
ZUR WELTWEITEN NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG**

Stuttgart, Juni 2010

Der **Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (NBBW)** ist ein unabhängiges, wissenschaftliches Beratungsgremium der Landesregierung und besteht aus zwölf Mitgliedern. Er wurde am 22. April 2002 von der Landesregierung Baden-Württemberg ins Leben gerufen und am 04. Oktober 2005 für weitere drei Jahre berufen. Am 03. Februar 2009 wurde eine weitere Verlängerung um drei Jahre vom Kabinett gebilligt. Der Nachhaltigkeitsbeirat hat die Aufgabe, das Land auf dem Weg in eine nachhaltige und dauerhaft umweltgerechte Entwicklung zu beraten und die Umsetzung und Fortschreibung des im Dezember 2000 vom Ministerrat beschlossenen „Umweltplan Baden-Württemberg“ kritisch zu begleiten. Dazu überprüft er in regelmäßigen Abständen die Erreichung der dort formulierten Ziele und gibt Empfehlungen zu Schwerpunkten bei der Umsetzung ab.

Weitere Informationen sowie sämtliche bisher erschienene Gutachten sind auf der Homepage des NBBW abrufbar: www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de.

Die Mitglieder des Nachhaltigkeitsbeirats (Periode 2009-2012) sind:

- Prof. Dr. **Stephan Dabbert**, Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Universität Hohenheim
- Prof. Dr. **Thomas Dyllick**, Institut für Wirtschaft und Ökologie, Universität St. Gallen
- Dr. **Peter Fritz**, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
- Dr. **Ulrich Höpfner**, IFEU - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg
- Prof. Dr. **Giselher Kaule**, Institut für Landschaftsplanung und Ökologie, Universität Stuttgart
- Prof. Dr. **Lenelis Kruse-Graumann**, Psychologisches Institut, Universität Heidelberg (stellv. Vorsitzende)
- Prof. Dr. Dr. **Hans Müller-Steinhagen**, Institut für Technische Thermodynamik, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt Stuttgart
- Prof. Dr. **Christine Neumann**, Abteilung Dermatologie und Venerologie, Universität Göttingen
- Prof. Dr. Dr. **Franz Josef Radermacher**, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), Ulm
- Prof. Dr. Dr. h. c. **Ortwin Renn**, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Technik- und Umweltsoziologie, Universität Stuttgart (Vorsitzender)
- Prof. Dr. **Stefan Siedentop**, Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung, Universität Stuttgart
- Prof. Dr. **Lutz Wicke**, Institut für Umweltmanagement (IfUM), Europäische Wirtschaftshochschule Berlin

Hauptautoren dieses Gutachtens sind (in alphabetischer Reihenfolge):

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher

Prof. Dr. Dr. h. c. Ortwin Renn

Prof. Dr. Lutz Wicke

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung und Empfehlungen	1
1 Einleitung	5
2 Globale Herausforderungen und Doppelstrategie am Beispiel der Klimapolitik	6
3 Gemeinsame Eckpunkte der empfohlenen Nachhaltigkeits-Doppelstrategie	8
4 Nachhaltigkeits-Doppelstrategie: Vorrangige Handlungsfelder für Baden-Württemberg.....	10
4.1 Förderung ressourcenarmer Lebensstile	10
4.2 Ersatz von fossilen Energieträgern durch effiziente Energienutzung und regenerative Energiequellen	12
4.3 Verkehrsdoppelstrategie	13
4.4 Erhalt der Leistungsfähigkeit der Ökosysteme.....	15
4.5 Dämpfung des exponentiellen Wachstums der Weltbevölkerung.....	16
4.6 Maßnahmen zur Förderung von Selbstständigkeit und Entrepreneurship.....	18
4.7 Bildung für nachhaltige Entwicklung	19
4.8 Standards gegen Querfinanzierung	20
4.9 Qualitätsgesicherte Kennzeichnungssysteme	21
4.10 Unabhängige Finanzierung globaler Aufgaben.....	22
5 „Nachhaltigkeits-Doppelstrategie“ als übergreifende Ressortaufgabe.....	23
Literatur.....	24

Zusammenfassung und Empfehlungen

Das Land Baden-Württemberg unternimmt seit Langem erhebliche Anstrengungen, um zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Mit einer Fülle von Maßnahmen zielt die Landesregierung darauf ab, alle drei Bereiche der Nachhaltigkeit (Umweltschutz, Sozialverträglichkeit und wirtschaftliche Effizienz) parallel und integrativ zu verbessern. Das hier vorliegende Gutachten ist als eine Ergänzung dieser Aktivitäten gedacht. Es nimmt den Grundgedanken der sog. Doppelstrategie auf, die darauf abzielt, die im Lande vorgenommenen und dort wirksamen Maßnahmen mit politischen Impulsen und Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene zu verzahnen. Niemand erwartet, dass ein Bundesland wie Baden-Württemberg die vielen globalen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung schultern könnte. Dennoch kann das Land im Konzert mit anderen Regionen und politischen Initiativen aus dem Raum der Zivilgesellschaft aktiv dazu beitragen, dass diese Herausforderungen erkannt und auch effektiv angegangen werden. Dazu gehören:

- die Bereitstellung von wissenschaftlichem und technischem Know-how
- die Weitergabe von Erfahrungen aus Vorbildprojekten
- die Erarbeitung konkreter Vorschläge und Initiativen für die entsprechenden internationalen Steuerungs- und Lenkungsorganen und
- eine klare Positionsbesetzung in öffentlichen Diskussionen.

Die Landesregierung hat diesen Vorschlag des Beirats für eine Doppelstrategie übernommen und zum Teil umgesetzt. Neben der Klimadoppelstrategie, die Gegenstand eines eigenen Sondergutachtens sein wird, empfiehlt der NBBW, folgende zehn globale Herausforderungen exemplarisch als Handlungsfelder für Initiativen und Impulse auf regionaler wie globaler Ebene anzugehen:

- **Förderung ressourcenarmer Lebensstile**

Problem: Es ist inzwischen allen bewusst, dass die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenverbräuche in den Industrieländern nicht auf alle Menschen der Erde übertragbar sind, weil dazu weder heute noch in Zukunft die wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen ausreichen.

Empfehlung: Das Land soll in die Forschung und in die praktische Erprobung von Wohnformen und Konsummustern investieren, bei denen ein hohes Maß an Wohlfahrt und individueller Lebensqualität mit einem geringen Ressourcenverbrauch verbunden werden kann.

- **Ersatz von fossilen Energieträgern durch effiziente Energienutzung und regenerative Energiequellen**

Problem: Nach wie vor dominieren in der globalen Energieversorgung die fossilen Energieträger, deren Ressourcen begrenzt sind und deren Auswirkungen auf Klima und Umwelt als besonders problematisch eingestuft werden.

Empfehlung: Baden-Württemberg sollte wirtschaftlich tragfähige und sozial angepasste Technologien und Konzepte zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung regenerativer Energieträger für unterschiedliche Länder und Regionen fördern und deren Einsatz unterstützen. Mithilfe eines Förderungs- und Bildungsprogramms im Sinne eines Green-New-Deal sollte das Land seine Vorreiterrolle in der energeti-

schen Sanierung von Gebäuden und der Verbesserung der Energieeffizienz weiter festigen und ausbauen. Zusätzlich sollte auch der klimafreundlichere Einsatz fossiler Energieträger (Substitution, Effizienzsteigerung und Schadstoffabscheidung) im Auge behalten werden.

- **Verkehrsdoppelstrategie**

Problem: Neben der nach wie vor viel zu hohen Belastung der Umwelt und der Atmosphäre durch den motorisierten Verkehr in den Industriestaaten stellt die schnell wachsende individuelle Massenmotorisierung mit dem Übergang vom Fahrrad auf Moped-/Motorrad- und Autoverkehr in den Entwicklungs- und Schwellenländern eine starke zusätzliche Bedrohung der jeweiligen regionalen aber auch der globalen Umwelt dar.

Empfehlung: Das Land sollte in noch größerem Umfang als bisher die Entwicklung emissionsarmer und sparsamerer Fahrzeuge fördern und Technologiepfade (wie insbesondere die Elektromobilität auf der Basis erneuerbarer Energien) und Geschäftsmodelle unterstützen, die durch Export oder Produktion vor Ort (auch als Joint Venture) zur Reduzierung der Verkehrsemissionen weltweit beitragen können. Langfristig müssen auch radikal neue Ansätze entwickelt werden, wie z. B. die Ausarbeitung von Konzepten, wie man Siedlungsstrukturen durch Bautätigkeit in bereits verdichteten, durch den öffentlichen Personennahverkehr gut erschlossenen Regionsteilen weitgehend unabhängig von individueller Motorisierung gestalten kann.

- **Erhalt der Leistungsfähigkeit der Ökosysteme**

Problem: Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört auch, die Menge und Qualität der Abfallprodukte zu beachten. Emissionen aus Produktion und Konsum können schwerwiegende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Stabilität der Ökosysteme haben.

Empfehlung: Das Land sollte dank seiner hervorragenden Forschungskapazitäten technische Lösungen für umweltfreundliche Produktion und umweltfreundlichen Konsum in die internationale Diskussion einbringen. Zudem sollte sich Baden-Württemberg über den Bundesrat und andere einschlägige Gremien dafür einsetzen, dass die heimischen Umwelt- und Gesundheitsstandards international Geltung erhalten und in internationale Konventionen einmünden.

- **Dämpfung des exponentiellen Wachstums der Weltbevölkerung**

Problem: Das Weltbevölkerungswachstum ist eine der wichtigen Ursachen für viele globale Probleme. Das Thema ist allerdings sensibel, weil es eng mit Freiheit, individueller Souveränität und Menschenwürde verknüpft ist. Zudem verbitten sich viele Staaten die Einmischung durch Dritte.

Empfehlung: Die Landesregierung sollte spezielle Förderprogramme für Bildung von Mädchen und jungen Frauen aus Entwicklungsländern auflegen oder sich an solchen beteiligen. Ebenso wichtig ist es, dass die Bildungseinrichtungen des Landes zielgerichtet Lehr- und Lernprogramme entwickeln, die weltweit Bildungsangebote speziell für Mädchen und Frauen umfassen. Begleitend dazu können entsprechend ausge-

staltete neue oder modifizierte englischsprachige Studiengänge an Fachhochschulen, Berufsakademien und Universitäten für Führungskräfte aus den Entwicklungsländern diese Ziele unterstützen.

- **Maßnahmen zur Förderung von Selbstständigkeit und Entrepreneurship**

Problem: Die Förderung von mittelständischen Unternehmen und innovativen Start-up-Firmen gehört zu den wirkungsvollen Strategien zum Aufbau eines stabilen Mittelstandes und zur Entwicklung von kreativen Lösungen für regionale und lokale Probleme in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Empfehlung: Das Land sollte die weltweiten Initiativen zu Kleinkrediten, Mikroversicherungen und Sozialunternehmen unterstützen und auf Wirtschaft und Zivilgesellschaft einwirken, solche Angebote ins eigene Geschäftsmodell zu übernehmen. Einen weiteren Ansatz bietet die Förderung rechtsstaatlicher Institutionen und effizienter bürokratischer Strukturen. Baden-Württemberg sollte die entsprechende Verwaltungskompetenz im Rahmen einer Zusammenarbeit mit sich entwickelnden Staaten einbringen.

- **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Problem: Bildung und lebenslanges Lernen haben eine Schlüsselfunktion bei der Initiierung und Verstetigung nachhaltiger Entwicklung in der Politik, in der Wirtschaft und im Handeln jedes einzelnen Bürgers und jeder Bürgerin. Bildung ermöglicht die Aneignung von Wissen, Werten, Einstellungen, die für einen mentalen Wandel hin zu nachhaltigen Handlungsmustern und Lebensstilen entscheidend sind.

Empfehlung: Baden-Württemberg sollte die Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen verankern. Dabei sollen die Schul- und andere Bildungspartnerschaften mit Ländern des Südens ausgebaut werden (zur potenziellen Unterstützung mit methodischem Know-how, mit Best-Practice-Beispielen, aber auch zum wechselseitigen Lernen). Flankiert werden soll dieses Programm mit einer Ausweitung der Stipendien und Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Kandidatinnen und Kandidaten aus den Entwicklungsländern.

- **Standards gegen Querfinanzierung**

Problem: Die bedeutsame UN-Menschenrechtserklärung, die ILO-Sozialstandards und die von allen Staaten der Welt unterstützten Millenniumsentwicklungsziele sind zum großen Teil inkompatibel mit vielen Regelungen im Bereich der WTO und des IWF. Diese Widersprüche belasten den Globalisierungsprozess und untergraben die Glaubwürdigkeit des Nordens.

Empfehlung: Die Landesregierung sollte bei allen Einkäufen, auf die das Land Einfluss hat, vorschreiben, dass nur zertifizierte Ware (wo dies möglich ist) beschafft wird, alle ILO-Standards und zentralen Menschenrechtsstandards im Sinne von Fair Trade beachtet werden und, wo immer möglich, Produkte aus Fair-Trade-Produktion vorgezogen werden. Darüber hinaus kann sich das Land auf Bundesebene dafür einsetzen, Rückzahlungsbefreiungen dort durchzusetzen, wo es um Entschuldungsmaßnahmen der ärmsten Länder geht. Schließlich ist der Gedanke von zentraler Be-

deutung, stärker als bisher auch die WTO-kompatible Einführung von Grenzausgleichsabgaben mit ins Kalkül zu ziehen. Diese könnten zum Beispiel greifen, wenn sich Handelspartner bestimmten internationalen Standards verweigern. Solche Abgaben könnte man auch für den Klimaschutz einsetzen, wenn bestimmte Staaten sich weigern, substantielle Maßnahmen für den Klimaschutz durchzuführen.

- **Qualitätsgesicherte Kennzeichnungssysteme**

Problem: Effektive und politisch qualitätsgesicherte Kennzeichnungen (Labels) können dazu beitragen, einen fairen, leistungsgerechten und umweltverträglichen Weltmarkt zu ermöglichen.

Empfehlung: Die Landesregierung sollte durch die im Lande vertretene Kompetenz in der Nachhaltigkeitsforschung eigene Vorschläge für ein effektives, nachvollziehbares und faires Labeling-System entwickeln. Gleichzeitig sollte das Land über den Bundesrat bzw. den EU-Ausschuss der Regionen die Idee eines europäischen Nachhaltigkeitssiegels auch politisch in das Mehrebenensystem der „European Governance“ einbringen.

- **Unabhängige Finanzierung globaler Aufgaben**

Problem: Die Durchführung oder Umsetzung globaler Aufgaben scheitert häufig an Finanzierungsfragen. Ein großes Potenzial liegt in der Besteuerung der Nutzung von globalen Gemeinschaftsgütern: von der Atmosphäre über Meere bis hin zu den Gewinnen, die Unternehmen aus einer funktionierenden Global Governance beziehen.

Empfehlung: Die Landesregierung sollte Forschungsprojekte initiieren, um Modelle einer Finanzierung der als zwingend notwendig angesehenen globalen Aufgaben auszuarbeiten, wobei diese Modelle ökonomisch effizient, politisch durchsetzbar und sozial ausgewogen sein müssten. Die Landesregierung sollte darüber hinaus über ihren Einfluss im Bundesrat Initiativen und Anträge unterstützen, die eine solche globale Finanzierung fordern und fördern.

Wie könnte die Umsetzung der oben genannten zehn Punkte vorangetrieben werden? Der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (NBBW) schlägt konkret vor, dass die Landesregierung in Ergänzung, Erweiterung und Konkretisierung der bisherigen Nachhaltigkeitsstrategie einen neuen Querschnittsbereich einbringt. Unter dem Titel „Globale Verantwortung – Nachhaltigkeits-Doppelstrategie“ sollte in Ergänzung zu den bisherigen Schwerpunkten ein Querschnittsbereich eröffnet werden, in dem vorrangig Optionen und Projekte, die einen landesspezifischen und einen global bedeutsamen Beitrag zur Lösung der oben beschriebenen Herausforderungen leisten könnten, konzipiert, besprochen und schließlich beschlossen werden. Diese Querschnittsperspektive sollte dabei parallel für alle Themenfelder der Nachhaltigkeitsstrategie als Leitschnur des eigenen Handelns dienen.

1 Einleitung

Das Land Baden-Württemberg unternimmt seit langem erhebliche Anstrengungen, um zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Mit einer Fülle von Maßnahmen zielt die Landesregierung darauf ab, alle drei Bereiche der Nachhaltigkeit (Umweltschutz, Sozialverträglichkeit und wirtschaftliche Effizienz) parallel und integrativ zu verbessern. Dazu trägt auch die seit 2007 von der gesamten Landesregierung getragene Nachhaltigkeitsstrategie bei. Diese Strategie lebt von der Erarbeitung konkreter Problemlösungsansätze und der Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure. Nach einer Auswahl- und Zielfindungsphase wurde inzwischen eine Reihe konkreter Projekte, die zur nachhaltigen Entwicklung des Landes beitragen, ins Leben gerufen. Der NBBW begrüßt und begleitet diese Politiklinie des Landes ausdrücklich und sieht hier ein gutes Zukunftspotenzial.

Das hier vorliegende Gutachten ist als eine Ergänzung dieser Aktivitäten gedacht. Es nimmt den Grundgedanken der sog. Doppelstrategie auf, die darauf abzielt, die im Lande vorgenommenen und dort wirksamen Maßnahmen mit politischen Impulsen und Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene zu verzahnen. Zweifellos kann Baden-Württemberg die vielen globalen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung weder aus eigener Kraft meistern noch als Lehrmeister der Welt mit guten Ratschlägen und politischen Vorschlägen eine grundsätzliche Wende einleiten. Dennoch kann es im Konzert mit anderen Regionen und politischen Initiativen aus dem Raum der Zivilgesellschaft aktiv dazu beitragen, dass diese Herausforderungen erkannt und auch effektiv angegangen werden. Denn das dazu notwendige Wissen ist in der breit angelegten Nachhaltigkeitsforschung an den Hochschulen und den übrigen Forschungseinrichtungen des Landes weitgehend vorhanden. Dieses Wissen zu bündeln und es effektiv für die Doppelstrategie des Landes einzusetzen, ist eine wichtige Motivation für dieses Gutachten.

Der Beirat ist davon überzeugt, dass Lernen im internationalen Maßstab auch stark von Vorbildern geprägt ist. Wenn Baden-Württemberg hier für alle nachvollziehbar verdeutlichen kann, wie man Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Balance, Umweltverträglichkeit und langfristige Entwicklungsperspektiven miteinander verbinden kann, kann dies auch für andere Regionen Ansporn sein. Das Umgekehrte gilt natürlich auch: Dort wo der Beirat Defizite im Land wahrnimmt, ist es ratsam, von den Erfahrungen anderer Regionen zu lernen und die dort gemachten positiven Erfahrungen auf Baden-Württemberg zu übertragen. Leitbild ist die lernende Region, die ihre eigenen Ressourcen an Wissen, Erfahrung und Reflektion anderen zur Verfügung stellt und gleichzeitig flexibel und offen auf Angebote der anderen reagiert. Der NBBW möchte mit diesem Gutachten einen Beitrag zu diesem Leitbild der lernenden Region leisten.

2 Globale Herausforderungen und Doppelstrategie am Beispiel der Klimapolitik

Baden-Württemberg hat mit der landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie einen wichtigen Meilenstein für eine akteursübergreifende Politik in Richtung nachhaltige Entwicklung erreicht. Bei aller Anerkennung der Bemühungen und Erfolge einer dezentralen, projektbezogenen und partizipativen Nachhaltigkeitspolitik darf allerdings nicht übersehen werden, dass eine nachhaltige Entwicklung nur global erreichbar ist und alle Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie in Baden-Württemberg nur einen bescheidenen Beitrag zur weltweiten nachhaltigen Entwicklung leisten können. Dieser Beitrag kann und muss sich in das Mehrebenensystem der globalen Politik einordnen lassen. Impulse für eine nachhaltige Zukunft können auf der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebene greifen. Deshalb hat der NBBW dem Land im Jahr 2003 am Beispiel des Klimaschutzes eine Nachhaltigkeits-Doppelstrategie empfohlen, bei der lokale Leistungen für eine nachhaltige Landespolitik verbunden werden mit Impulsen in Richtung Bund, Europa und Weltgemeinschaft. Darunter fallen:

- die Bereitstellung von wissenschaftlichem und technischem Know-how
- die Weitergabe von Erfahrungen aus Vorbildprojekten
- die Erarbeitung konkreter Vorschläge und Initiativen für die entsprechenden internationalen Steuerungs- und Lenkungsorganen und
- eine klare Positionsbesetzung in öffentlichen Diskussionen.

Die Landesregierung hat diesen Vorschlag des Beirats für eine Doppelstrategie bereits im Bereich des Klimaschutzes übernommen und zum Teil umgesetzt. Im Jahr 2005 hat sie sich nach entsprechenden Empfehlungen in einem Sondergutachten aus dem Jahr 2003¹ und Vorarbeiten von Mitgliedern des NBBW in ihrem Klimaschutz-2010-Konzept ausdrücklich zu einer Klimadoppelstrategie bekannt: Auf der einen Seite hat sie ein konkretes Aktionsprogramm zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz im eigenen Land, verbunden mit klimapolitischen Partnerschaften vor allem mit Entwicklungs- und Schwellenländern, vorgelegt. Auf der anderen Seite hat sie politische Signale für ein wirksames Nachfolgeabkommen des wichtigen aber in seiner Wirkung begrenzten Kyoto-I-Abkommens² gesetzt. Sollte Baden-Württemberg die angestrebte Minderung von ca. 90 auf 65 Millionen Tonnen gelingen, würde es seinen Anteil an den weltweit weiter steigenden CO₂-Emissionen von ca. 0,43 Prozent (1990) auf ca. 0,2 Prozent (2012) senken. Das ist zwar global gesehen nicht viel, aber dennoch als exemplarischer Beitrag beachtenswert. Man muss dabei jedoch bedenken, dass der baden-württembergischen Minderung um 25 Millionen Tonnen eine weltweite Steigerung um jährlich fast 10 Milliarden Tonnen seit 1990 gegenüber steht.

Die Landesregierung ist daher erneut aufgerufen, neben den wichtigen regionalen Klimaschutzinitiativen mit Nachdruck dazu beizutragen, ein wirksames internationales Klimaschutzsystem zu schaffen. Dies ist umso wichtiger, als die Konferenz von Kopenhagen keine konkreten Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgase beschlossen und es bei Absichtserklärungen belassen hat. Die Landesregierung sollte deshalb wie angekündigt ihren

¹ Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg (NBBW): Nachhaltiger Klimaschutz durch Initiativen und Innovationen aus Baden-Württemberg. Stuttgart, Januar 2003 (www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de).

² Zwischen 1990 und 2012 werden nach jetzigem Kenntnisstand die weltweiten CO₂-Emissionen in der ersten „Kyoto-Periode“ von 21 auf 31 Mrd. Tonnen jährlich angestiegen sein.

Einfluss geltend machen und auf ein neues und global wirksames Abkommen drängen. Dabei sollte es sich im Sinne des Klimaschutzkonzeptes Baden-Württemberg 2010 der Landesregierung und auf der Basis der bereits vorliegenden NBBW-Empfehlungen um ein wesentlich gerechteres und wirksames System handeln, das die USA, Russland und die Schwellenländer fair einbindet. Dieses System muss folgende Kriterien erfüllen:

- Fixierte weltweite und nicht national definierte Emissionsbegrenzungen und Verbrauchsbegrenzungen fossiler Ressourcen
- "one human – one emission right": gleiche Emissionsrechte für jeden Einzelnen zwecks gerechter und aktiver Einbindung der Entwicklungsländer mit dem Anreiz, nicht benötigte Überschussemissionsrechte verkaufen zu können
- eine global angemessene, auf die länderspezifischen Erfordernisse angepasste entsprechende Bepreisung von CO₂, z. B. durch Brennstoffzertifikate im Rahmen eines alle Emissionen umfassenden globalen Emissionshandelssystems – die Erdatmosphäre darf nicht länger als Klimamülldeponie missbraucht werden können
- soziale Ausgleichs- und Unterstützungsmechanismen für Entwicklungs- und Industrieländer und
- die Förderung der Einführung von klimafreundlichen Technologien und klimafreundlichen Normen und Rahmensetzungen.

Der NBBW wird der Landesregierung hierzu in einem Sondergutachten konkrete Empfehlungen unterbreiten, die eine Fortschreibung der bisherigen Doppelstrategie im Klimaschutz erlauben. Neben dem Klimaschutz (vgl. NBBW 2003) gibt es aber noch viele andere Bereiche der Nachhaltigkeit, bei denen analog zum Klimaschutz eine wirksame Doppelstrategie zu empfehlen ist. Beispielsweise hat der NBBW im Jahr 2008 in seinem Gutachten „Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit lernen – Bildung für Nachhaltige Entwicklung als Aufgabe für das Land Baden-Württemberg“ die Bedeutung einer Doppelstrategie im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) herausgestellt (vgl. NBBW 2008: 13). Dies gilt entsprechend im Bereich der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken für die empfohlene Kernenergie-doppelstrategie (vgl. NBBW 2007).

Das vorliegende Gutachten hat die Zielsetzung, die Doppelstrategie als Grundorientierung der Landespolitik im Bereich nachhaltige Entwicklung in einem umfassenden Sinne zu verankern. Dazu wird eine größere Zahl von Politikfeldern aufgegriffen, die allesamt große Herausforderungen einer globalen nachhaltigen Entwicklung darstellen und bei denen die Landesregierung im Sinne einer Doppelstrategie Angebote für Wissen, Erfahrung und Optionen an andere machen kann und gleichzeitig von den Erfahrungen anderer lernen kann.

3 Gemeinsame Eckpunkte der empfohlenen Nachhaltigkeits-Doppelstrategie

Für alle im Folgenden aufgeführten Handlungsfelder aus den verschiedenen Politikebenen gilt eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen:

- Die Landesregierung, die Kommunen, die gesellschaftlichen Gruppen und die Wirtschaft des Landes können gemeinsam im Sinne der bereits angelaufenen landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie Probleme, die eine globale oder teilweise globale Dimension besitzen, vor Ort angehen und damit zum einen den Übergang in eine nachhaltige Entwicklung des Landes selbst vorantreiben, aber auch in einem gewissen Umfang und im Rahmen eines überschaubaren Mitteleinsatzes einen Beitrag für die Nachhaltigkeit weltweit leisten. Dieser Beitrag kann in Form von Wissenstransfer (Best Practice), von innovativen Lösungen für gemeinsame Problemlagen, von einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch, von Partnerschaften und Austauschbeziehungen sowie von gemeinsam getragenen Projekten erfolgen.
- Die Programme und Initiativen des Landes können als anregende Beispiele für andere Regionen dienen und damit Konzepte und deren Umsetzung für eine regionale nachhaltige Entwicklung nach außen tragen.
- Die Landesregierung kann sowohl über ihren Einfluss auf die Bundespolitik als auch über ihren gestiegenen Einfluss auf die EU-Politik, u. a. auch im Ausschuss der Regionen, wissenschaftliches, technisches wie konzeptionelles Wissen einbringen und Vorschläge unterbreiten, wie man die globalen Herausforderungen der Nachhaltigkeit effektiv, effizient, fair und demokratisch lösen könnte.
- Die Landesregierung kann in Kooperation mit Wirtschaft, Wissenschaft, gesellschaftlichen Gruppen, Entwicklungshilfe- und karitativen Einrichtungen und vielen anderen Institutionen des Landes konkrete Hilfe in anderen Ländern und Regionen anbieten, die aus eigener Kraft die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung nicht bewältigen können.
- Die Landesregierung kann durch Überzeugungsarbeit und durch intensive Kommunikation über die Inhalte der Doppelstrategie wesentlich dazu beitragen, dass sich das Leitbild einer „lernenden Region“ auch über Baden-Württemberg hinaus in anderen Regionen entfalten kann.

Dem NBBW ist natürlich bewusst, dass die Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten eines Bundeslandes wie Baden-Württemberg beschränkt sind. Aber auch begrenzte Initiativen entfalten Wirkung und das „Setzen von Zeichen“ findet manchmal unerwartete Resonanz und verändert die politische Situation. In Kooperation mit anderen Bundesländern, mit dem Ausschuss der Regionen in der EU und mit Akteuren der Zivilgesellschaft können auch kleinere Aktionen eine Breitenwirkung erzeugen, und zwar vor allem im Kontext sogenannter „Kipp“-Situationen (Tipping Points), in denen es nur kleiner Impulse bedarf, um eine größere Änderung herbeizuführen (sog. Schmetterlingseffekt). Wichtig ist dabei, an allen geeigneten Stellen und auf allen Ebenen politische Bündnisse beim Umgang mit schwierigen Themen einzugehen.

Dass ein Bundesland wie Baden-Württemberg globale Verantwortung trägt, wird auch von der Landesregierung befürwortet³, indem sie u. a. betont, dass sie sich „für eine aktive Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der ganzen Welt“ einsetzen will. Einen Schwerpunkt in dieser globalen Aufgabe sieht das Land z. B. „in der Verbesserung des technischen Know-hows und der organisatorischen Kompetenz in den Entwicklungsländern“. Zudem setzt sich das Land dafür ein, die Potenziale der Privatwirtschaft bei der Entwicklung der armen und ärmsten Länder zu stärken.

³ Nachhaltigkeitskonferenz (2008): Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für Baden-Württemberg, S. 41 „Globalisierung und internationale Verantwortung“. Stuttgart.

4 Nachhaltigkeits-Doppelstrategie: Vorrangige Handlungsfelder für Baden-Württemberg

Neben der Klimadoppelstrategie empfiehlt der NBBW, folgende globale Herausforderungen exemplarisch als Handlungsfelder für Initiativen und Impulse auf regionaler wie globaler Ebene anzugehen.

4.1 Förderung ressourcenarmer Lebensstile

Es ist inzwischen allen bewusst, dass die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenverbräuche in den Industrieländern nicht auf alle Menschen der Erde übertragbar sind, weil dazu weder heute noch in Zukunft die wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen ausreichen. Bereits jetzt übersteigt nach einem Bericht des World Wide Fund For Nature (WWF) der ökologische Fußabdruck⁴ der Menschheit die regenerative Kapazität der Erde (Biokapazität) um rund 30 Prozent (vgl. WWF 2008: 4). Anschaulich formuliert: „Wenn der Verbrauch an natürlichen Ressourcen so weitergeht wie bisher, werden wir bis zum Jahr 2050 zwei Planeten benötigen, um unsere Bedürfnisse nach Nahrung, Energie und Infrastruktur zu decken“ (WWF 2006: 7). Allerdings bestehen große regionale und nationale Unterschiede. In vielen westlichen Industrienationen wie z. B. den USA oder Deutschland ist der ökologische Fußabdruck größer als die Biokapazität, wohingegen in Ländern wie Kanada oder Finnland und größtenteils in Afrika die Biokapazität den ökologischen Fußabdruck übersteigt (vgl. Global Footprint Network 2009: 2f.). Eine ausgeglichene Bilanz zwischen Ressourcenverbrauch und Biokapazität muss daher vorrangig von den Ländern in Angriff genommen werden, bei denen der ökologische Fußabdruck die Biokapazität dramatisch übersteigt. Zu diesen Ländern und Regionen gehört auch Baden-Württemberg.

Insofern gilt es, in Regionen wie Baden-Württemberg neue Lebensstile zu entwickeln, bei denen ein hohes Maß an Wohlfahrt und individueller Lebensqualität mit einem geringen Ressourcenverbrauch verbunden werden kann, wobei eine große stochastische Schwankungsbreite auf Individualebene wie auch zwischen den Ländern bleiben wird. Diese Variabilität der Lebensstile ist auch unter ethischen Gesichtspunkten durchaus gerechtfertigt, denn es mag aus gutem Grund differenzierte Wohlstandssituationen geben, die wiederum mit unterschiedlichen Ressourcenverbräuchen korrespondieren. Wichtig ist aber, dass der Zugang zu Ressourcen für alle in gleichem Maße offen steht und der Verbrauch nicht zulasten künftiger Generationen erfolgt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist zum einen eine adäquate Bepreisung der Ressourcen notwendig und zum anderen benötigt man Kompensationszahlungen, so dass die Verteilungsmuster ihrem Charakter nach fair sind. Wie genau Fairness in praktische Politik und konkrete Verteilungsregeln umgesetzt werden kann, soll hier nicht weiter verfolgt werden. Dazu liegt unter anderem aus vielen Forschungsprojekten und wissenschaftlichen Abhandlungen aus Baden-Württemberg eine breite Palette an Vorschlägen vor.

In diesem Kontext sind auch Modelle gefragt, die effiziente und gerechte Lösungen anbieten, wie man mit kollektiven Institutionen elementare Bedürfnisse wie Sicherheit, Geborgenheit

⁴ Der ökologische Fußabdruck ist ein Maß für die Ressourcenbeanspruchung durch den Menschen. Er klammert allerdings die temporären Potenziale fossiler und anderer energiereicher Ressourcen aus und weist eine Reihe von methodischen Schwächen auf. Als Indikator für Größenordnungen von Inanspruchnahmen von natürlichen Ressourcen ist er aber durchaus gut geeignet.

und gesunde Lebensumwelt befriedigen kann. Wenn diese privat bereit gestellt werden müssen, nehmen sie in der Regel wesentlich mehr Ressourcen in Anspruch, als wenn sie öffentlich oder in gemeinsamer Verantwortung von privaten und öffentlichen Trägern (Public-Private-Partnerships) angeboten würden. Als Beispiel kann hier der Einsatz von privaten Wachkräften im Vergleich zu einer funktionierenden Polizei und einem akzeptierten und funktionierenden Rechtssystem dienen.

Um das Ziel eines Übergangs zu ressourcenarmen Lebensstilen zu erreichen, könnte eine Doppelstrategie greifen, bei der im Lande selbst die Bedingungen für ressourcenarme Lebensstile geschaffen oder verbessert werden. Die dazu notwendigen Arrangements sind nur dann wirksam, wenn die politischen Bedingungen zur Erhöhung der Realisierungschancen für solche veränderten Lebensstile mit der subjektiven Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, solche Lebensstile auch aktiv zu leben, in Einklang gebracht werden können. Ist dies der Fall, dann können sie als Beispiele für eine Kombination von Wohlstand, Sicherheit und geringem Ressourceneinsatz pro Kopf global weitervermittelt werden. Dabei sind die im Folgenden genannten Beispiele besonders zielführend.

Beispiel 1: Das seit 1992 existierende „Energieautarke Solarhaus“ in Freiburg und viele weitere Freiburger Aktivitäten zur Nutzung und Förderung der Solarenergie können Impulse über das Land hinaus geben.

Beispiel 2: Das Heidelberger Projekt Bahnstadt verbindet die flächensparende Nutzung eines innerstädtischen alten Bahngeländes mit gleichzeitiger optimaler Nahverkehrsanbindung, einer ausgedehnten Begrünung sowie energie- und ressourcensparendem Baustil (passive Solarnutzung). Diese integrative Planung setzt ein exemplarisches Zeichen für ressourcenarme Lebensstile sowie die kollektive Befriedigung individueller Bedürfnisse. Ähnliches gilt auch für die Heidelberger Niedrigenergiehaus-Wohnanlage Kirchheim „Am Dorf“ und zahlreiche andere Beispiele in Baden-Württemberg.

Nachhaltige Ressourcennutzung bezieht sich jedoch nicht nur auf den Konsum, sondern auch auf Produktion, Verteilung und Transport von Gütern und Dienstleistungen. Die Landesregierung Baden-Württembergs hatte sich im Umweltplan 2000 das Ziel gesetzt, u. a. durch die Erhöhung der Ressourceneffizienz den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen auch im Produktionsprozess zu vermindern und von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln. Seit Anfang der 90er-Jahre ist die Ressourceneffizienz im Land deutlich angestiegen. Zum Beispiel betragen die Effizienzgewinne beim Rohstoffverbrauch plus 50 Prozent und beim Wassereinsatz plus 44 Prozent (vgl. Umweltministerium Baden-Württemberg 2007: 29f). Gerade die Verbindung von Prozessinnovation, energetischer Optimierung und organisatorischen Reformen hat sich in Baden-Württemberg als ein Erfolgskonzept für erhöhte Energieeffizienz im Produktionsprozess erwiesen. Die gelungene Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch kann durchaus als Vorbild gerade für Schwellen- und Entwicklungsländer dienen. Denn dort ist der Nachholbedarf an wirtschaftlicher Entwicklung besonders hoch und Maßnahmen, die Wirtschaftswachstum bei hoher Energieeffizienz sicherstellen, sind sehr gefragt. Nennenswerte Erfolge lassen sich auch bei der Logistik im Güterverkehr aufzeigen.

4.2 Ersatz von fossilen Energieträgern durch effiziente Energienutzung und regenerative Energiequellen

Trotz geringeren Ressourcenverbrauchs kann ein hohes Niveau an Energiedienstleistungen sichergestellt werden. Die Doppelstrategie des Landes könnte darin bestehen, für Baden-Württemberg, aber auch für unterschiedliche Länder und Regionen, wirtschaftlich tragfähige und sozial angepasste Technologien und Konzepte zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung regenerativer Energieträger zu entwickeln und deren Einsatz zu unterstützen. Vorbildlich in diesem Sinne sind die bundesweiten und landesweiten Förderprogramme im Bereich „Green Building“. Allerdings ist auch die Umbaugeschwindigkeit im Bestand zu erhöhen.

Mithilfe eines Förderungs- und Bildungsprogramms im Sinne eines Green-New-Deal könnte hier Baden-Württemberg seine Vorreiterrolle in der energetischen Sanierung von Gebäuden und der Verbesserung der Energieeffizienz weiter festigen. Dazu sind im Klimaschutzkonzept 2010 des Landes bereits wichtige Impulse gesetzt worden, die es zu beherzigen und auszubauen gilt. Wichtig ist hier, dass der Fokus parallel auf Effizienz und Bezahlbarkeit gelegt werden muss, um technologisch brillante, aber wirtschaftlich unrealistische Vorhaben zu vermeiden, auch wenn sich diese oft öffentlichkeitswirksam darstellen lassen.

Das vom Umweltministerium des Landes eingeführte Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist deutlich zukunftsweisender als sein Gegenstück auf Bundesebene. Dennoch reicht es nicht aus, um die Effizienzlücke schnell zu schließen. Es sollte in den kommenden Jahren noch erweitert und vertieft werden. In diesem Kontext sei u. a. auf das Projekt „CO₂-neutrale Landesverwaltung Hessen“ verwiesen (<http://www.hessen-nachhaltig.de/web/co2-neutrale-landesverwaltung>). Die deutschen und europäischen Solarthermieplattformen fordern bereits heute das Solarhaus 50+⁵ als zukünftigen Standard. Auch bzw. gerade die Verbesserung der Energieeffizienz des Gebäudebestands muss vorangetrieben werden. Öffentliche Gebäude sollten hierbei eine Vorbild- und Vorreiterfunktion übernehmen. Diese Maßnahmen können und sollen möglichst kurzfristig und umfassend in Baden-Württemberg durchgeführt werden. Im Rahmen der Doppelstrategie sollte Baden-Württemberg darüber hinaus seinen politischen Einfluss dahingehend geltend machen, dass auch deutsche Gebäude (Botschaften, Schulen etc.) im Ausland diesen Technologiewandel nutzen und effektiv umsetzen. Ein weiterer interessanter Ansatz zur besseren Nutzung von Energieressourcen wäre die Erforschung und Demonstration von innovativen Arbeitsplatz- und Arbeitszeitkonzepten zur Reduktion von Fahrzeiten und Fahrwegen zum Arbeitsplatz.

Letztendlich muss das Konzept einer nachhaltigen Energieversorgung und -nutzung in den nachfolgenden Generationen verankert werden. Gezielte Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Initiativen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind dabei ebenso notwendig wie die verpflichtende Einbindung von jugendgerechten, ansprechenden Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler aller Schularten.

Einige Beispiele für die konkrete Umsetzung dieser Forderung finden sich in vielen Teilen Baden-Württembergs. Besonders hervorzuheben sind dabei die solarunterstützten Nahwärmanlagen mit saisonalen Wärmespeichern in Neckarsulm und Crailsheim, mit denen bis zu 50 Prozent des gesamten jährlichen Wärmebedarfs dieser Wohngebiete solar gedeckt wer-

⁵ Beim Solarhaus 50+ wird deutlich mehr als die Hälfte des Wärmebedarfs (ca. 60 bis 70 Prozent) mit Solarenergie gedeckt (vgl. Newsletter der Solarserver-Internetplattform vom 14.05.2009).

den können. Viele weitere energiespar- und klimafreundliche Energieumwandlungsarten werden heute schon in Baden-Württemberg entwickelt und in den Markt eingeführt. Hier gilt es, weiterhin unterstützende Arbeit zu leisten, z. B. im Rahmen von Informationsveranstaltungen.

Eine direkte oder indirekte Unterstützung von internationalen energetischen Zukunftsprojekten wie z. B. Desertec könnte einen Teil der Doppelstrategie darstellen. Dieses vom Institut für Technische Thermodynamik am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Stuttgart in vielen wichtigen Elementen entwickelte System der Erzeugung von Solarstrom in der Wüste und Übertragung über Hochspannungsgleichstromleitungen in die Verbrauchszentren in Nordafrika, den Nahen Osten und in Europa kann – bei seiner tatsächlichen Umsetzung in den kommenden Dekaden – als ein besonders gutes Beispiel für eine effektive Umsetzung der Doppelstrategie herausgestellt werden. Denn hier werden gleichzeitig wirtschaftliche, ökologische und soziale Impulse in den genannten Regionen, vor allem auch in Nordafrika und im Nahen Osten, gesetzt. Gleichzeitig wird die heimische Wirtschaft gestärkt, die wesentliche Komponenten von zukünftigen solarthermischen Kraftwerken liefern wird. Eine wichtige Unterstützung, die das Land Baden-Württemberg leisten sollte, liegt zum einen in einem aktiven Kommunikationsprogramm, in dem offen über die Vorteile, Bedenken und Risiken diskutiert werden kann, und zum anderen in der Vorbereitung des dafür notwendigen Ausbaus der Stromnetze im nationalen und europäischen Umfeld.

Bei aller Betonung der Notwendigkeit der Förderung der effizienten Energienutzung und des Ersatzes fossiler durch regenerative Energiequellen darf allerdings nicht verkannt werden, dass trotz klimapolitischer Vorbehalte fossile Brennstoffe wohl noch auf Jahrzehnte hinaus zum Einsatz kommen werden. Deshalb sollte das Land auch Beiträge zum klimafreundlicheren Einsatz fossiler Energieträger (Substitution – z. B. von Kohle durch Gas, Effizienzsteigerung beim Einsatz fossiler Energieträger und Schadstoffabscheidung und sichere Lagerung der Reststoffe) leisten.

4.3 Verkehrsdoppelstrategie

Neben der nach wie vor viel zu hohen Belastung der Umwelt und der Atmosphäre durch den motorisierten Verkehr⁶ in den Industriestaaten stellt die schnell wachsende individuelle Massenmotorisierung mit dem Übergang vom Fahrrad auf Moped-/Motorrad- und Autoverkehr in den Entwicklungs- und Schwellenländern eine starke zusätzliche Bedrohung der jeweiligen regionalen aber auch der globalen Umwelt dar. So weisen asiatische oder lateinamerikanische Megacities heute Konzentrationen an Luftschadstoffen auf, die fünf- bis zwanzigmal so hoch sind wie in deutschen Innenstädten. Während die europäische Gesetzgebung eine permanente Verbesserung der Luftqualität bewirkt hat, sind in den Megacities durch die weiter anschwellenden Verkehrsströme selbst bei einer Erneuerung der Fahrzeugflotte durch schadstoffarme Fahrzeuge vorerst kaum Verbesserungen zu erwarten. Noch schlechter sieht es bei den Kohlendioxidemissionen aus: Hier ist über den Nachholbedarf an individueller Pkw-Mobilität⁷ selbst bei verbrauchsarmen Fahrzeugen ein starker Anstieg der Kohlendio-

⁶ Beispielsweise verursacht der Verkehr in der Europäischen Union bei steigender Tendenz schätzungsweise 21 Prozent aller Treibhausgasemissionen, die zur globalen Erwärmung beitragen (vgl. Kommission der europäischen Gemeinschaften 2006, S. 3).

⁷ Während in Deutschland die Motorisierung bei über 500 Pkw je 1.000 Einwohner liegt, beträgt sie in China und Indien nur rund 20 Pkw je 1.000 Einwohner, was sich mit zunehmendem Wohlstand wohl drastisch erhöhen wird.

xidemissionen zu erwarten. Was kann Baden-Württemberg zur Lösung des Problems beitragen?

- Die Verkehrsdoppelstrategie Baden-Württembergs sollte zum einen darauf ausgerichtet sein, dass die großindustrielle und mittelständische, mobilitätsorientierte Wirtschaft des Landes in noch größerem Umfang als bisher emissionsärmere und sparsamere Fahrzeuge und Technologiepfade entwickelt, die durch Export oder Produktion vor Ort (auch als Joint Venture) zur Reduzierung der Verkehrsemissionen beitragen können. Damit kann die Wirtschaft im Rahmen der Produktgestaltung ihre Verantwortung für eine CO₂-Reduktion wahrnehmen und zur Abmilderung des CO₂-Problems beitragen.
- Langfristig müssen auch radikal neue Konzepte entwickelt werden: Darunter fällt z. B. der Übergang auf kostengünstige, kleinere, elektrifizierte Fahrzeuge in Leichtbauweise für den täglichen Gebrauch und auf ein flexibles und einfaches Mietsystem für Kraftfahrzeuge für seltene Fahrten über ca. 100 km Wegstrecke. Eine neue höchst flexible Carsharing-Variante ist das 2009 in Ulm gestartete Modellprojekt "Car2go" (oder car-to-go, www.car2go.com). Hier kann mit einem speziell kodierten Führerschein ohne vorherige Reservierung spontan einer von 200 Pkws (Kleinwagen) für Minutenpreise angemietet und an beliebiger Stelle wieder abgestellt werden. Die Ortung der Autos erfolgt über GPS. Im Durchschnitt wird jedes Auto 16 Mal pro Tag bewegt. Diese neuen Konzepte lassen sich zurzeit noch nicht immer mit den derzeitigen Geschäftsmodellen der Automobilindustrie vereinbaren. Sie könnten jedoch über lange Sicht hin Zukunftsmodelle auch für die hiesige Automobil- und Zulieferindustrie sein, da neue Mobilitätslösungen durchaus marktfähige Produkte sind, die auch auf Zahlungsbereitschaft stoßen werden. Der Übergang von Fahrzeugherstellern zu Mobilitätsdienstleistern setzt allerdings eine Weiterentwicklung der Energieversorgung voraus. Dabei müssen die ineinander verschachtelten Energie- und Mobilitätssysteme möglichst umfassend bewertet werden, beispielsweise kann ein höherer Stromverbrauch sinnvoll sein, wenn dies im Gesamtsystem zu einer Verringerung des Primärenergieverbrauchs führt.
- In Zusammenarbeit mit den Kommunen des Landes sollten Wissenschaft und Wirtschaft integrierte Mobilitätskonzepte entwickeln und durchsetzen – wie das z. T. in Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg und Stuttgart schon geschehen bzw. geplant ist – die sowohl im Lande als auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu einer umweltverträglicheren Entwicklung beitragen können. In den genannten Städten und ihren Regionen wurde insbesondere durch die Förderung und den Ausbau des Fußgänger-, Fahrrad-, Bus- und Bahnnetzes mithilfe eines ganzen Bündels von gezielten Maßnahmen der Umweltverbund bedeutend gestärkt und damit eine Senkung des individuellen Pkw-Verkehrs und seiner Emissionen erreicht. Lösungen, die für Baden-Württemberg konzipiert und umgesetzt werden, sind nur begrenzt auf 7 bis 10 Milliarden Menschen übertragbar. Aber sie zeigen Möglichkeiten des Denkens und Handelns auf.
- In den schnell wachsenden Megacities der Entwicklungs- und Schwellenländer wird insbesondere einer vorausschauenden, verkehrsvermeidenden Siedlungsentwicklung Bedeutung zukommen. Erfahrungen in vielen europäischen Stadtregionen zeigen, dass eine Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs nur gelingen kann, wenn die Siedlungsstruktur – durch Bautätigkeit in bereits verdichteten, durch den öffentlichen Personennahverkehr gut erschlossenen Regionsteilen – weitgehend unabhängig von individueller Motorisierung wird. Eine integrierte Siedlungs- und Verkehrs-

infrastrukturentwicklung ist daher für Baden-Württemberg, vor allem aber für die dynamisch wachsenden Metropolen der Entwicklungs- und Schwellenländer eine unabdingbare Voraussetzung für eine umwelt- und sozialverträglichere Mobilität. Die Ausrichtung der Siedlungstätigkeit auf leistungsfähige Nahverkehrssysteme kann hier als zentraler Ansatzpunkt gesehen werden. Die in Baden-Württemberg vorliegenden Erfahrungen mit der räumlichen Steuerung der Siedlungsentwicklung könnten genutzt werden, um über administrative Kooperationen gezielte Verbesserungen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu initiieren. Inhaltliche Eckpunkte eines solchen Erfahrungsaustausches sollten insbesondere eine handlungs- und durchsetzungsfähige Regionalplanung sowie Instrumente des räumlichen Wachstumsmanagements und der regionalen Steuerung umfassen. Letzteres ist aus Sicht des NBBW von besonderer Bedeutung. Eine koordinierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in regionalen Maßstäben setzt die Schaffung geeigneter regionaler institutioneller Arrangements voraus. Hier kann vor allem die Region Stuttgart mit ihrer bundesweit einzigartigen institutionellen Verfassung Vorbildwirkung für andere Metropolregionen entfalten.

- Des Weiteren sollten die relevanten Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen des Landes aufgefordert und – bei erfolgversprechenden Projekten – auch gefördert werden, wirksame konzeptionelle und konkrete Entwicklungsbeiträge zu konzipieren (z. B. in Form von an die Landesgegebenheiten angepassten regionalen oder kommunalen nachhaltigen Verkehrsentwicklungsplanungen), damit verstärkt eine nachhaltige Verkehrsentwicklung in ausgewählten Regionen und Kommunen der Entwicklungs- und Schwellenländer umgesetzt werden kann.
- Schließlich muss stärker als bisher beachtet werden, dass Verkehr meist eine abgeleitete Größe ist, die vom Lebensstil der Menschen und dem Produktionsstil der Wirtschaft maßgeblich geprägt wird. Vor allem sind Leitbilder der unbeschränkten Mobilität Ausdruck eines kollektiven Selbstverständnisses, das meist unreflektiert und unabhängig von den eigenen Bedürfnissen übernommen wird. Eine Anleitung zur Reflektion über die eigenen Mobilitätsbedürfnisse und eine Abgleichung zwischen Bedürfnissen und den damit einhergehenden infrastrukturellen Bedingungen gehören daher zu einer integrativen Nachhaltigkeitspolitik im Verkehrsbereich. Das hat Auswirkungen auf die Konsum- und Produktionsstrukturen und damit die Art und den Umfang des Güterverkehrs, aber auch die Arbeits- und Wohnformen. Hier neue Ansätze zu entwickeln, kann nicht nur zur nachhaltigeren Gestaltung einer Region beitragen, sondern auch neue interessante Chancen bei der Übertragbarkeit auf andere Länder bieten.

4.4 Erhalt der Leistungsfähigkeit der Ökosysteme

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört mehr als nur die Reduktion des Ressourcenverbrauchs pro Kopf. Zusätzlich sind Menge und Qualität der Abfallprodukte zu beachten. Emissionen aus Produktion und Konsum können schwerwiegende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Stabilität der Ökosysteme haben. Besonders wichtig ist die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser, da bereits heute schon mehr als 17 Millionen Menschen weltweit durch verschmutztes Trinkwasser jedes Jahr ums Leben kommen. Zudem wird Wasser auch für die Nahrungsmittelherstellung zunehmend knapp. Luft- und Bodenschutz sind weitere wichtige Ziele, um Gesundheit und Umwelt vor den Auswirkungen der Emissio-

nen zu schützen. In dieser für die nachhaltige Entwicklung zentralen Frage kann das Land Baden-Württemberg in mindestens vierfacher Weise initiativ werden:

- Das Land kann dank seiner hervorragenden Forschungskapazitäten technische Lösungen für umweltfreundliche Produktion und umweltfreundlichen Konsum in die internationale Diskussion einbringen. Diese technischen Lösungen sollten durch ökonomische Handlungsorientierungen angereichert werden, die wirtschaftliche und auch in Entwicklungsländern wirksame Anreize für eine abfallarme Produktion schaffen. Hinzu kommen geeignete institutionelle und soziale Modelle der Angebots- und Nachfragesteuerung mit Blick auf Abfallvermeidung und -verwertung.
- Baden-Württemberg kann als Land mit regional ungleicher Verteilung von Wasservorkommen seine praktischen und wissenschaftlichen Erfahrungen und Erkenntnisse bei der großräumigen Trinkwasserverteilung, beim Wassersparen, bei der effizienten Wassernutzung (insbesondere auch die Minimierung der Wasserverluste) interessierten Kommunen, Regionen und Nationen außerhalb Europas zur Verfügung stellen. Dabei sollen die angebotenen Lösungen jeweils an die regionalen und lokalen Bedingungen angepasst sein.
- Das Land kann bewährte Praktiken der Umweltschutztechnik und der nachhaltigen Betriebsführung im Lande fördern und auszeichnen. Damit könnte es ein Signal setzen, dass sich Wohlstand und Nachhaltigkeit nicht gegenseitig ausschließen.
- Das Land kann sich über den Bundesrat und andere einschlägige Gremien dafür einsetzen, dass die national geltenden Umwelt- und Gesundheitsstandards international Geltung erhalten und in internationale Konventionen Eingang finden. Dabei sind mögliche Querfinanzierungen angemessen zu beachten. Dies fördert nicht nur die globale Nachhaltigkeit, sondern schafft auch bessere Bedingungen für einen fairen Welthandel.
- Im internationalen Umfeld kann das Land aufgrund seiner hervorragenden technologischen, wissenschaftlichen und praktischen Kompetenzen auf den Gebieten Energietechnik und Landwirtschaft gerade auch durch Zusammenarbeit mit den sich rasant entwickelnden Staaten der Golf-Region wesentliche Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten. Z. B. könnten Unterstützungsleistungen des großen „Qatar National Food Security Programme“ dazu führen, dass die für dieses Programm vorgesehenen Meerwasserentsalzungskapazitäten energie- und agrartechnisch optimal geplant und energetisch effizient ausgeführt werden.

4.5 Dämpfung des exponentiellen Wachstums der Weltbevölkerung

Das Weltbevölkerungswachstum ist eine der wichtigen Ursachen für viele globale Probleme. Das Thema ist allerdings sensibel, weil es eng mit Freiheit, individueller Souveränität und Menschenwürde verknüpft ist. Zudem verbitten sich viele Staaten die Einmischung durch Dritte. Die (zumindest bei den Geburtenraten) völlig entgegengesetzt laufenden demographischen Trends in reichen und ärmeren Ländern erschweren ein ausgewogenes Verständnis der Lage und führen häufig zu Unsicherheiten im politischen Handeln. Erschwert wird das Thema dadurch, dass bei hohem Bevölkerungsdruck und starker Armut immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen und in den reicheren Ländern nach Arbeit und Auskommen suchen. Dadurch entsteht eine Wanderungsbewegung in die überwiegend dicht besiedelten

Staaten des Nordens mit den entsprechenden Risiken in Bezug auf Eingliederung, Finanzierung und Integration.

Jedes Jahr wächst die Weltbevölkerung nach wie vor um rund 90 Millionen Menschen, das sind mehr als die derzeitige Bevölkerung Deutschlands. Das Bevölkerungswachstum ist vor allem in Afrika und Indien eine zentrale Barriere für eine nachhaltige Entwicklung. Die Staaten der Welt haben sich vor ca. zwölf Jahren in Kairo auf ein Programm zur Reduktion des Bevölkerungswachstums verständigt (Kairo-Prozess), und zwar unter der Leitidee der reproduktiven Gesundheit. Ausbildung, Information, Förderung der Rechte der Frauen, bessere Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Förderung von (weltweitem) sozialem Ausgleich etc. sind dabei die Stichworte, die auf der einen Seite direkten gesundheitlichen Vorteil signalisieren, aber gleichzeitig indirekt auf die Begrenzung der Bevölkerungszunahme abzielen. Gleichgültig in welcher Form und mit welchem Programm man das Bevölkerungswachstum thematisiert, man muss stets kulturelle Sensibilitäten und religiöse Überzeugungen beachten, ohne aber Zugeständnisse an fundamentalistische Strömungen zu machen. Dies setzt einen offenen und auf die kulturellen Werte des jeweiligen Landes bezogenen Dialog voraus. Vorbildlich sind in dieser Hinsicht die Stiftung Weltbevölkerung (Hannover) und deren Büro in Stuttgart, ebenso die Rotary Fellowship of Population and Development, die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit u.a.m. Auch die Landesregierung von Baden-Württemberg könnte hier noch aktiver werden:

- Die Industrieländer kommen bis heute ihren finanziellen Verpflichtungen im Rahmen des Kairo-Prozesses nicht nach, obwohl sie nur ein Drittel der spezifischen Kosten aufbringen sollen. Hier sollte Baden-Württemberg unbedingt seinen Einfluss auf Bundesebene geltend machen, damit sich der Bund in stärkerem Umfang als bisher an den Kosten beteiligt.
- Über die Förderung von Maßnahmen im ökonomischen Bereich ist unter Einbezug baden-württembergischer Unternehmen vieles möglich, was die konkrete Lebenssituation der Menschen und insbesondere von Frauen und deren Kindern verbessert. So ist die Förderung von Kleinkreditprogrammen, wie die von der Grameen Bank in Bangladesh (vgl. 4.6), auch ein wirkungsvolles Instrument zur Veränderung des reproduktiven Verhaltens, vor allem in der Folge der Stärkung der Rechte von Frauen in den entsprechenden Ländern.
- Spezifische Bildungsprogramme sind im Rahmen der Doppelstrategie wichtig. So kann das Land in bescheidenem Maße spezielle Förderprogramme für Bildung von Mädchen und jungen Frauen aus Entwicklungsländern auflegen oder sich an solchen beteiligen, z. B. an den Programmen der Stiftung Weltvertrag. Ebenso wichtig ist es, dass die Bildungseinrichtungen des Landes zielgerichtet Lehr- und Lernprogramme entwickeln und weltweite Bildungsangebote speziell für Mädchen und Frauen anbieten. Bildung für nachhaltige Entwicklung wird dabei selber zum Gegenstand einer Vorgehensweise im Sinne der Doppelstrategie: einerseits geht es um Programme im Lande selbst, andererseits um die weltweite Ausweitung dieser Angebote.
- Zielführend erscheint auch die Einrichtung entsprechend ausgestalteter neuer englischsprachiger Studiengänge an Fachhochschulen, Berufsakademien und Universitäten für Führungskräfte aus den Entwicklungsländern. Die beste Vorsorge gegen zu hohes Bevölkerungswachstum ist und bleibt Bildung.

4.6 Maßnahmen zur Förderung von Selbstständigkeit und Entrepreneurship

Dem Mittelstand verdankt das Land Baden-Württemberg einen guten Teil der gesellschaftlichen Stabilität und des Wohlstandes. Die Förderung von mittelständischen Unternehmen und innovativen Start-up-Firmen gehört zu den wirkungsvollen Strategien zum Aufbau eines stabilen Mittelstandes und zur Entwicklung von kreativen Lösungen für regionale und lokale Probleme. Dies gilt weltweit. Baden-Württemberg kann hier auf der Basis einer jahrzehntelangen Erfahrung wirksame und zielführende Programme für andere Regionen und Länder entwickeln. Konkret könnte das Land folgende Initiativen ergreifen:

- Der Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus hat mit der Förderung von Kleinkreditsystemen vor allem mit seiner inzwischen weltweit tätigen Grameen Bank viel dazu beigetragen, dass Frauen mithilfe von Kleinkrediten Kleinst- und Kleinunternehmen gründen und sich so als aufstrebende Unternehmerinnen aus der Armut heraus bewegen konnten. Diese in vielen Ländern erfolgreiche Initiative – inzwischen gibt es über 1000 Kleinkreditbanken weltweit – kann das Land Baden-Württemberg ideell und politisch weiter unterstützen.
- Besonders aktuell ist die Übertragung dieser Idee von Muhammad Yunus auf Mikroversicherungen. Mikroversicherungen verringern die Vulnerabilität der Menschen aus den unteren Einkommensschichten. Sie bieten Haushalten in Entwicklungs- und Schwellenländern eine Absicherung gegen elementare Risiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Tod eines Familienangehörigen, Schäden durch Überschwemmungen, Erdbeben usw.). Ein Microinsurance Network unter Leitung der ILO, ein Microinsurance Kompendium, das bereits in mehreren Sprachen vorliegt, sowie eine steigende Zahl von Versicherten in Lateinamerika, Afrika und Indien zeigen, dass derartige bedarfsgerecht ausgelegte Versicherungen eine sinnvolle Alternative zu Geldverleihern oder Schwarzmarktgeschäften darstellen. Das Land könnte diese Sparte durch die Entwicklung von neuen Geschäftsmodellen sowie durch Förderung von entsprechenden Angeboten durch die im Lande vertretenen Versicherungsfirmen unterstützen. Es könnte sich an der notwendigen Aufklärung und Bildung über Versicherungsschutz beteiligen.
- Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellen die von Muhammad Yunus propagierten Sozialunternehmen dar. Dies sind Unternehmen, die ihre wesentliche Mission darin sehen, ein soziales Problem zu lösen, ohne dabei auf substanzielle Profite abzielen. Dazu gehören z. B. Nahrungsmittelproduktion zur Überwindung von Mangelkrankheiten, technische Lösungen zur Entgiftung von arsenhaltigem Wasser, preiswerte medizinische Betreuung bei bestimmten Krankheiten, z. B. Augenkrankheiten (Andheri Hilfe) etc. Konkret könnten sich baden-württembergische mittelständische Firmen im Ausland, möglicherweise gestützt durch Landesbürgschaften, an solchen Sozialunternehmen beteiligen. Sinnvoll könnte auch die Einrichtung von Sozialunternehmen in Baden-Württemberg sein, die dann auf andere Länder ausstrahlen. Eine wichtige Multiplikatorwirkung könnte auch in der Unterstützung von Institutionen in Deutschland (z. B. des Genesis-Institutes in Berlin) liegen, die sich erfolgreich der Anbahnung und Verbreitung des Social-Business- und des Kleinkreditsystemgedankens im Sinne von Muhammad Yunus und anderen widmen.
- Einen weiteren Ansatz bietet die Förderung rechtsstaatlicher Institutionen und effizienter bürokratischer Strukturen, z. B. bzgl. der Formalisierung von Eigentumsrechten. Der Ökonom Hernando De Soto hat dafür Vorschläge im Kontext von Lateiname-

rika erarbeitet. Baden-Württemberg könnte die entsprechende Verwaltungskompetenz im Rahmen einer Zusammenarbeit mit sich entwickelnden Staaten einbringen. Ein Export von institutionellen Regelungen und einer guten administrativen Praxis hat sich ja bereits bei der Erweiterung der EU in vielen Fällen bewährt. Programme wie die sog. EU Twin Projects (Aufbau einer Institution im Ausland durch die Partnerschaft mit einer funktional äquivalenten Institution im Inland) könnten durch das Land initiiert und betreut werden.

4.7 Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bildung und lebenslanges Lernen haben eine Schlüsselfunktion bei der Initiierung und Verstärkung nachhaltiger Entwicklung in der Politik, in der Wirtschaft und im Handeln jedes einzelnen Bürgers und jeder Bürgerin. Bildung ermöglicht die Aneignung von Wissen, Werten, Einstellungen, die für einen mentalen Wandel hin zu nachhaltigen Handlungsmustern und Lebensstilen entscheidend sind. Ein hohes Niveau an Aus- und Weiterbildung ist unabdingbar, um die notwendige Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft mitgestalten zu können. Dies gilt zum einen für die Anforderungen an eine qualitativ hochstehende Grundbildung, sowohl in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern wie auch in kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Disziplinen. Dies gilt zum anderen für die neuen Anforderungen und Entwicklungen in allen Bildungsbereichen, die durch Bildung und Lernen für nachhaltige Entwicklung in Gang gekommen sind. Mit dem Beschluss für eine UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ wurden alle Staaten der Vereinten Nationen verpflichtet, entsprechende Bildungskonzepte vom Kindergarten bis zur Hochschule, für die berufliche Bildung und für außerschulische Lernorte zu entwickeln. Die Dekade wird weltweit von der UNESCO gefördert und begleitet.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) geht über die herkömmlichen Bildungsansätze hinaus, da hier ganzheitliche Ansätze zur Integration von ökologischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Bedingungen verfolgt und Querschnittsperspektiven entwickelt werden. Diese stellen die herkömmliche Separierung von Fächern (in der Schule) oder die Sektoralisierung von Ressorts (in den Verwaltungen) immer wieder infrage. Die methodischen Anforderungen an eine BNE implizieren neue Lehr- und Lernformen sowie den umfassenden Einsatz von Partizipationsmethoden, um jeden Einzelnen in die Lage zu versetzen, verantwortungsvolle Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und die Auswirkungen des eigenen Handelns auf künftige Generationen und das Leben in anderen Teilen der Welt abschätzen zu können.

Baden-Württemberg hat im Bereich BNE bereits gute Ansätze entwickelt (s. NBBW-Gutachten 2008), die das Land durchaus zum Transfer anbieten kann. Gleichzeitig kann das Land in diesem Feld von den positiven Erfahrungen anderer Länder und Regionen lernen. Denn wie die Weltkonferenz zur Halbzeit der UN-Dekade in Bonn im Frühjahr 2009 gezeigt hat, haben viele Regionen bereits wirksame Programme aufgelegt, die auch auf Baden-Württemberg übertragbar sind. Ein wichtiges Aufgabenfeld für Baden-Württemberg stellt die Integration und spezifische Förderung von Migranten dar. Daneben ist die Bildung der weiblichen Bevölkerung in den bevölkerungsreichsten Ländern mit hoher Analphabetenrate besonders wichtig, denn die Bildung von Mädchen ist hier nicht nur ein Ziel in sich selbst, sondern kann nachweislich auch den Anstieg der Geburtenrate in diesen Ländern wirkungsvoll verringern.

Im Mittelpunkt einer umfassenden BNE steht der Erwerb von Kompetenzen zu vorausschauendem, vernetztem Denken, zur Wahrnehmung von kulturellen Normen und Traditionen, zur Perspektivenübernahme und Empathie, zur Abwägung intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit, zur interkulturellen Kommunikation und Kooperation und zur Planung von Partizipationsprozessen. In diesem Zusammenhang könnte Baden-Württemberg folgende Beiträge leisten:

- Vermehrte Anstrengungen zur Anhebung des Bildungsniveaus im eigenen Lande (unter Berücksichtigung der Pisaergebnisse)
- Verstärkte Bemühungen, BNE in allen Bildungsbereichen zu verankern. Damit werden von vornherein die Multidimensionalität sowie die globalen Implikationen lokaler Probleme thematisiert. Die Vermittlung lokaler Handlungskompetenz umfasst notwendigerweise die Verbindungslinien vom Globalen zum Lokalen und wieder zurück zum Globalen.
- Ausweitung der Schul- und anderer Bildungspartnerschaften mit Ländern des Südens zur potenziellen Unterstützung mit methodischem Know-how, mit Best-Practice-Beispielen, aber auch zum wechselseitigen Lernen
- Förderung der Aus- und Weiterbildung von Kindern im Ausland, einschließlich von Partnerschaften zwischen hiesigen Bildungsinstitutionen und entsprechenden Institutionen in Entwicklungsländern
- Stipendien und Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Kandidatinnen und Kandidaten aus den Entwicklungsländern (Unterstützung und Weiterführung von speziellen Alumniprogrammen)
- Beseitigung von unnötigen und teilweise entmutigenden bürokratischen Hemmnissen für die Einreise von ausländischen Studierenden, gerade aus den Schwellen- und Entwicklungsländern.

4.8 Standards gegen Querfinanzierung

Die bedeutsame UN-Menschenrechtserklärung, die ILO-Sozialstandards und die von allen Staaten der Welt unterstützten Millenniumsentwicklungsziele sind zum großen Teil inkompatibel mit vielen Regelungen im Bereich der WTO und des IWF. Diese Widersprüche belasten den Globalisierungsprozess und untergraben die Glaubwürdigkeit des Nordens, indem ökonomisch-finanzielle Mechanismen oder wirtschaftspolitische Anreize genau das Gegenteil bewirken, was auf UN-Ebene in anderen Regelwerken und Deklarationen gefordert wird. Im Besonderen hat auch die deutsche Bundeskanzlerin bei vielen Gelegenheiten gefordert, die entsprechenden internationalen Regime kompatibel zu gestalten. Kanzlerin Merkel hat in diesem Kontext auf G20-Ebene die Idee einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften ins Spiel gebracht. Welche Aufgaben könnte hier das Land Baden-Württemberg übernehmen?

- Im Land selbst könnte die Landesregierung eine Initiative für das eigene Beschaffungswesen ergreifen. Bei allen Einkäufen, auf die das Land Einfluss hat, kann vorgeschrieben werden, dass nur zertifizierte Ware (wo dies möglich ist) beschafft wird, alle ILO-Standards und zentralen Menschenrechtsstandards beachtet werden und nach Möglichkeit Produkte aus Fair-Trade-Produktion vorgezogen werden, auch wenn diese etwas höhere Preise zur Folge haben sollten. Eine solche Vorbildfunktion

für fairen Handel könnte dann auch über die Nachhaltigkeitsstrategie an die gesellschaftlichen Akteure weiter vermittelt werden.

- Mit dieser Initiative könnte das Land das in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit insbesondere vom Umweltbundesamt erfolgreich entwickelte System des umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesens auf alle Aspekte der nachhaltigen Entwicklung ausdehnen. Dem NBBW ist bewusst, dass die tatsächliche Implementierung eines nachhaltigen Beschaffungswesens mit praktischen Problemen und Widerständen verbunden sein wird, aber hier klare Indikatoren und verbindliche Richtlinien zu entwerfen, könnte als eine besondere Leistung des Landes für die ganze Republik gelten.
- Darüber hinaus kann sich das Land auf Bundesebene dafür einsetzen, Rückzahlungsbefreiungen dort durchzusetzen, wo es um Entschuldungsmaßnahmen der ärmsten Länder geht. Bei der Festlegung des Mindestniveaus, das vor Forderungen von Gläubigern geschützt ist, sollten die finanziellen Erfordernisse des jeweiligen verschuldeten Landes für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele mit beachtet werden.
- Zudem kann sich das Land Baden-Württemberg dafür einsetzen, dass die WTO-Bestimmungen und andere Regime des Welthandels mit den UN-Entwicklungszielen und den Zielen der nachhaltigen Entwicklung kompatibel gemacht werden. Wenn auch einige Interessengruppen die bestehenden Inkompatibilitäten unterstützten, ist es keineswegs aussichtslos, wenn Baden-Württemberg gemeinsam mit anderen Bundesländern oder anderen europäischen Regionen eine solche Reform beständig einfordert.
- Schließlich ist der Gedanke von zentraler Bedeutung, stärker als bisher auch die WTO-kompatible Einführung von Grenzausgleichsabgaben mit ins Kalkül zu ziehen. Diese könnten zum Beispiel greifen, wenn sich Handelspartner bestimmten internationalen Standards verweigern. Solche Abgaben könnte man auch im Klimaschutz einsetzen, wenn sich bestimmte Staaten, vor allem Industriestaaten mit sehr hohen Pro-Kopf-Emissionen, weigern, substanzielle Maßnahmen des Klimaschutzes durchzuführen.

4.9 Qualitätsgesicherte Kennzeichnungssysteme

Effektive und politisch qualitätsgesicherte Kennzeichnungen (Labels) für einen fairen und umweltverträglichen Welthandel sind Maßnahmen, mit deren Hilfe die EU signifikanten Einfluss auf den Import von Waren ausüben könnte und die Handelsströme für solche Güter und Dienstleistungen, die bei der Entstehung im Ursprungsland mit den Kriterien der Nachhaltigkeit nicht kompatibel sind, deutlich erschweren kann. Sofern auf WTO-Ebene keine Fortschritte für bessere Standards erreicht werden können, könnte Europa eine Vorreiterrolle spielen und ein freiwilliges, qualitativ hervorragendes Labelingsystem entwickeln, umsetzen und dann auch fördern. Die Labels sind dazu gedacht, dem Konsumenten über die gesamte weltweite Wertschöpfungskette zuverlässig ökologische, soziale, kulturelle und ökonomische Qualitätskriterien im Hinblick auf die entsprechenden Produkte und Dienstleistungen an die Hand zu geben. Anzustreben ist dabei nicht eine weitere Ausdehnung der Kennzeichnungen, sondern eher eine Fokussierung auf ein integratives Label, das parallel die drei Gütekriterien der Nachhaltigkeit abdeckt. Baden-Württemberg könnte sich dieser Herausforderung besonders annehmen:

- Zum einen könnte es durch die im Lande vertretene Kompetenz in der Nachhaltigkeitsforschung eigene Vorschläge für ein solches Labeling-System ausarbeiten und dabei auf die Kompetenz der Hochschulen und Forschungsinstitutionen im Bereich Benchmarking und Nachhaltigkeitsmanagement zurückgreifen.
- Zum anderen könnte das Land über den Bundesrat bzw. den EU-Ausschuss der Regionen diese Idee eines europäischen Nachhaltigkeitssiegels auch politisch in das Mehrebenensystem der „European Governance“ einbringen.

4.10 Unabhängige Finanzierung globaler Aufgaben

Die Durchführung oder Umsetzung globaler Aufgaben scheitert häufig an Finanzierungsfragen. Ein großes Potenzial liegt in diesem Kontext in der Besteuerung der Nutzung von Weltgemeinschaftsgütern: von der Atmosphäre über Meere bis hin zu den Gewinnen, die Unternehmen aus einer funktionierenden Global Governance beziehen. Für den Bereich der globalen Transaktionen (Information, Transport, Finanzen, Kredit) gibt es eine Reihe von konstruktiven Vorschlägen, um verbesserte Ordnungsbedingungen mit neuen finanziellen Möglichkeiten zu verknüpfen. Das betrifft eine bessere Regulierung des weltweiten Finanzsystems und grenzüberschreitender Wertschöpfungsprozesse.

Eine Möglichkeit dazu wäre die Einführung einer Sondersteuer (die sog. Tobin-Steuer, die nach dem Nobelpreisträger James Tobin benannt wurde, der dazu einen konkreten Vorschlag erarbeitet hat) auf den transnationalen Kapitalverkehr. Diese Lösung wurde in der Vergangenheit von vielen Ökonomen und von wirtschaftsliberalen Kreisen als wenig attraktiv angesehen, in der Zwischenzeit hat sich diese negative Einschätzung durch die Auswüchse der Kapitalspekulationen im Verlauf der Wirtschaftskrise aber bei vielen Skeptikern gewandelt. Insofern hätte eine erneute Initiative zur Einführung der Tobin-Steuer zum jetzigen Zeitpunkt mehr Umsetzungschancen als früher. Bei einer Tobin-Steuer geht es übrigens weniger um die Vermeidung von Spekulationen als um die Herstellung von Transparenz, verbesserter Rating-Strukturen, die Erschließung von zusätzlichen Finanzmitteln für globale Aufgaben und generell um das Ziel, etwas Sand ins Getriebe der globalen Finanzströme zu streuen. In allen Bereichen sind mittlerweile die ersten Schritte dazu erfolgt. So hat die österreichische Regierung kürzlich eine entsprechende Initiative zur Einführung einer Tobin-Steuer in der EU gestartet. Die deutsche Bundeskanzlerin hat die Position der Einführung einer Tobin-Abgabe in Pittsburgh auf dem G20-Gipfel positiv vertreten. Andere europäische Länder wie Frankreich haben sich ebenfalls für eine solche Abgabe ausgesprochen. Ähnlich wirksame Instrumente wie die Tobin-Abgabe sind eine Börsenumsatzsteuer (die z. B. in Großbritannien bereits existiert) oder eine Money Leverage Tax, mit der „Best-Rated“-Kreditnehmer, die zu besonders günstigen Konditionen Kredit erhalten, geringfügig belastet werden. Insbesondere hat Europa mittlerweile eine entsprechende Steuer auf G20-Ebene ins Gespräch gebracht.

Alternativ oder parallel dazu könnte auch die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter besteuert werden, wie dies der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Gutachten 2001 gefordert hat (vgl. WBGU 2001). Damit könnte die UN auf eine eigene, von den Mitgliedsländern unabhängige, finanzielle Basis gestellt werden. So könnten finanzielle Ressourcen für die Umsetzung einer globalen nachhaltigen Entwicklung bereitgestellt werden. Die Landesregierung kann in dieser globalen Frage in dreifacher Weise tätig sein:

- Sie kann Forschungsprojekte initiieren, um Modelle einer Finanzierung der als zwingend notwendig angesehenen globalen Aufgaben auszuarbeiten, wobei diese Modelle ökonomisch effizient, politisch durchsetzbar und sozial ausgewogen sein müssten.
- Die Landesregierung kann darüber hinaus über ihren Einfluss im Bundesrat Initiativen und Anträge unterstützen, die eine solche globale Finanzierung fordern und fördern.
- Nicht zuletzt könnte sie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen oder Thüringen folgen und den im Land Baden-Württemberg wesentlich mitentwickelten Global Marshall Plan unterstützen (vgl. Möller et al. 2004).

5 „Nachhaltigkeits-Doppelstrategie“ als übergreifende Ressortaufgabe

Wie könnte die Umsetzung der oben genannten zehn Punkte vorangetrieben werden? Der NBBW schlägt konkret vor, dass die Landesregierung in Ergänzung, Erweiterung und Konkretisierung der bisherigen Nachhaltigkeitsstrategie einen neuen bzw. modifizierten Schwerpunkt einbringt. Unter dem Titel „Globale Verantwortung – Nachhaltigkeits-Doppelstrategie“ sollte in Ergänzung zu den bisherigen Schwerpunkten ein Querschnittsbereich eröffnet werden, in dem vorrangig Optionen und Projekte, die einen landesspezifischen und einen global bedeutsamen Beitrag zur Lösung der oben beschriebenen Herausforderungen leisten könnten, konzipiert, besprochen und schließlich beschlossen werden. Dieses Querschnittsanliegen sollte dabei parallel für alle Themenfelder der Nachhaltigkeitsstrategie als Leitschnur des eigenen Handelns dienen. Da in allen aufgeführten Punkten die zivilgesellschaftlichen Gruppen eine wichtige Rolle spielen, ist das Instrument der Nachhaltigkeitsstrategie besonders gut geeignet, um die vielfältigen Akteure aktiv mit einzubinden. Zudem könnte dieses Thema auch für die Vertreter der Wirtschaft besonders attraktiv sein. Der NBBW könnte sich an dieser Themengruppe aktiv beteiligen und die Projektvorschläge wissenschaftlich begleiten.

Die Doppelstrategie umfasst insbesondere auch die Aufforderung an die Landesregierung, die jeweiligen politischen Initiativen im Bundesrat, in Europa in den Ausschuss der Regionen oder in die anderen relevanten Gremien einzubringen. Gerade die Verbindung von landespolitischen Initiativen und konkreten Projekten, die aus der Nachhaltigkeitsstrategie erwachsen, könnte zu einem wirkungsvollen und signifikanten Beitrag in Richtung auf eine globale nachhaltige Entwicklung werden. Deshalb ist es erforderlich, einzelne der oben genannten „doppelstrategisch“ anzugehenden Nachhaltigkeitsaufgaben auch im Rahmen der entsprechenden übergreifenden Ressortaktivitäten umzusetzen. Prägnante Beispiele dafür sind die Klima- und Kernenergiedoppelstrategien, deren Umsetzung auch im Rahmen des geplanten Klimaschutzkonzeptes 2020 erfolgen sollte.

Literatur

Kommission der europäischen Gemeinschaften (2006): Eine EU-Strategie für Biokraftstoffe. Mitteilung der Kommission, KOM(2006) 34 endgültig, Brüssel, Internetpublikation: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0034:FIN:DE:PDF>, zugegriffen am 07.09.2009

Global Footprint Network (2009): A time for change. Global Footprint Network Annual Report 2008, Internetpublikation: http://www.footprintnetwork.org/images/uploads/Global_Footprint_Network_2008_Annual_Report.pdf, zugegriffen am 07.09.2009

Möller, Uwe/ Radermacher, Franz J./ Riegler, Josef/ Soekadar, Surjo R./ Spiegel, Peter (2004): Global Marshall Plan: Mit einem Planetary Contract für eine Ökosoziale Marktwirtschaft weltweit Frieden, Freiheit und nachhaltigen Wohlstand ermöglichen. Ein Statement der Global Marshall Plan Initiative. Stuttgart: Horizonte Verlag

Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (NBBW, 2003): Nachhaltiger Klimaschutz durch Initiativen und Innovationen aus Baden-Württemberg. Sondergutachten, Stuttgart

Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (NBBW, 2007): Wege zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Baden-Württemberg. Stuttgart

Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (NBBW, 2008): „Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit lernen“ Bildung für Nachhaltige Entwicklung als Aufgabe für das Land Baden-Württemberg. Stuttgart

Nachhaltigkeitskonferenz (2008): Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für Baden-Württemberg. Staatsministerium und Umweltministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart

Solarserver (2009): „SOLARHAUS 50+“: Von der Vision zur Wirklichkeit. Solarserver-Infomail, Newsletter des Internetportals „Solarserver“ vom 14.05.2009: <http://www.solarserver.de/info/140509.pdf>, zugegriffen am 02.02.2010

Umweltministerium Baden-Württemberg (Hrsg., 2007): Umweltplan 2007-2012. Stuttgart

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, 2001): Welt im Wandel: Neue Strukturen globaler Umweltpolitik. Berlin: Springer

World Wide Fund For Nature (WWF, 2006): Jahresbericht 2006. Umweltstiftung WWF Deutschland, Frankfurt, Internetpublikation: http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/Jahresbericht_2006.pdf, zugegriffen am 02.02.2010

World Wide Fund For Nature (WWF, 2008): Living Planet Report 2008. Deutschsprachige Version, Gland, Schweiz, Internetpublikation: http://assets.panda.org/downloads/lpr_08_wwf_german.pdf, zugegriffen am 07.09.2009

Herausgeber:

Der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg
Geschäftsstelle bei der Universität Stuttgart, Seidenstraße 36, 70174 Stuttgart
Tel. 0711 685-83261/-83351, Fax 0711 685-82175
E-Mail: info@nachhaltigkeitsbeirat-bw.de
Internet: <http://www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de>
Geschäftsführer: Dr. Michael Ruddat